



im Bezirksausschuss
Trudering-Riem

DR. MAGDALENA MIEHLE
(SPRECHERIN)
DORIS BODENSTEINER
HERMANN DIEHL
FRANK ESSMANN
MONIKA HERZOG
DR. GEORG KRONAWITTER

BERNHARD MATHIAS
EVA MUHR
LARISSA NEUBAUER
SEBASTIAN SCHALL
OTTO STEINBERGER
STEFAN ZIEGLER
WERNER ZITZELSBERGER

23.10.2015

Zweigstelle des KVR ins Alte Truderinger Rathaus! - und: zwei Gemeinwohl-Interessen nicht gegeneinander ausspielen!

1.

Das KVR meldet Nutzerbedarf für die Räumlichkeiten im Alten Truderinger Rathaus an als Zweigstelle für:

- eine Ausländerbehörde (KVR II/3)
- ein Bürgerbüro (KVR II/2)
- melderechtliche Vorgänge (An-, Ab-, Ummeldungen) u.a.

2.

Ggf. werden über den berechneten Flächenbedarf hinausgehende Bedarfe des SBH und/oder Kulturreferats im Alten Rathaus abgedeckt.

Damit ist auch der Standort SBH Trudering gegenüber dem Bhf. Trudering gesichert planbar.

3.

Die Grundstücke Flst. 280 und 280/4 Trudering werden nicht im Tausch in private Hand gegeben – zumindest nicht bis zur Klärung der Forderungen unter 1 und 2.

Die Verhandlung im freihändigen Erwerb des Rappenweggrundstücks Flst. 199/1 lotet weitere Erwerbsmöglichkeiten als wie den „erzwungenen“ Tausch aus. Eine „Gesprächsbereitschaft“ ist wesentlich auch eine Frage des Geldes, alles hat seinen Preis!

Begründung

Zu 1.

Eine Abfrage bei den Referaten hat ergeben, dass bis dato kein Bedarf an den Räumlichkeiten im Alten Truderinger Rathaus bestand.

Die Lage hat sich grundsätzlich geändert: die Bevölkerungsprognose geht von einem hohen Wachstum von 250.000 Neubürgern innerhalb von 15 Jahren aus, hinzu kommen noch die große Anzahl an Flüchtlingen, die München unterzubringen hat.

Pro Jahr wächst die Stadt um 25.000 Einwohner, die sich schwerpunktmäßig gerade auch in den Stadtrandbezirken niederlassen.

Zusätzlich kommen aktuell noch eine große Zahl – untergebracht werden nach den Planungen im Stadtbezirk 15 bis zu 2500 – Flüchtlinge dazu. Und das ist nicht das Ende. Für das KVR ist das eine gewaltige Aufgabe, die unser Stadtteil allein schon generiert.

Aus nachvollziehbaren Gründen ist eine Behördensprechstunde in den GUs nicht durchführbar und leistbar.

Nur: das KVR ist einerseits bereits jetzt schon von den Räumlichkeiten an der Kapazitätsgrenze, andererseits müssen von allen Kunden, ob Neubürger oder Flüchtlinge, oftmals weite und vergebliche Wege zum nächsten KVR absolviert werden.

Eine Zweigstelle des KVR mit Bürgerbüro, (Einwohner)Meldeamt, Ausländerbehörde im Herzen Truderings und Anbindung zur Messestadt Riem ist eine Bringschuld in einer Weltstadt mit Herz und wachsender Einwohnerschaft.

Zu 2.

Auch Teile des SBH und/oder Kulturbedarf können im Alten Truderinger Rathaus noch mit abgedeckt werden, siehe dazu die Email aus dem Sozialreferat vom 12.10.2015:

„... das Sozialreferat und das Kommunalreferat hat sie bezüglich Ihrer Anträge zum Sozialbürgerhaus Trudering bereits im Juli/August um Fristverlängerung gebeten. Das Sozialreferat plant in Absprache mit dem Kommunalreferat, das Sozialbürgerhaus 14/15 auf dem Grundstück am U/S-Bahnhof Trudering weiter zu entwickeln. Es muss aber erst geprüft werden, ob der Flächenbedarf für das SBH unter Berücksichtigung der Bevölkerungsprognose und dem Flächenbedarf des Kulturreferats an diesem Standort gedeckt werden kann.“ ...

Zu 3.

Zwei Gemeinwohl-Interessen können nicht gegeneinander ausgespielt werden:

- hier einerseits die gesicherte verkehrliche Erschließung zur Entwicklung von dringend benötigtem Wohnraum und
- andererseits (ortsnahe) Räumlichkeiten für Behördenaufgaben und Sozialdienstleistungen, die bei wachsender Bevölkerung durch 1. Zuzug und 2. Flüchtlingsansiedlung sich zwangsläufig erweitern (müssen).

Beides muß die Stadt zum Gemeinwohl bereitstellen.

Die Verhandlung im freihändigen Erwerb des Rappenweggrundstücks Flst. 199/1 darf nicht ein Bürgerbedarf (Wohnen) zuungunsten eines anderen (ortsnahen Infrastruktur-)Bedarfs hinauskippen. Der BA 15 dringt auf eine für das Gemeinwohl befriedigende Lösung.

Der Antrag nimmt Bezug auf die Antwortschreiben:

- des Kommunalreferats vom 30.09.2015 14-20/ B 01147 (TOP 5.12/10/15)
- des Kommunalreferats vom 07.10.2015 14-20/ B 01344 (TOP 5.13/10/15) mit Email des Sozialreferats vom 12.10.2015
- des Sozialreferats vom 09.10.2015 14-20/ B 01457 (TOP 5.14/10/15)

Initiative: Dr. Magdalena Miehle, Stefan Ziegler